



Bericht über die Sitzung 3/2004 des Hauptausschusses am 8. Dezember 2004 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses im Jahr 2004 diskutierte der Hauptausschuss über die aktuelle Ausbildungsplatzsituation und verabschiedete zwei Empfehlungen zum EUROPASS und zur Berufsausbildungsvorbereitung.

Aus Sicht der Bundesregierung nahm die stellvertretende Vorsitzende, Veronika PAHL, zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation und zur Bilanz des Ausbildungsjahres 2003 Stellung. Positiv sei der Anstieg an betrieblichen Ausbildungsplätzen, der trotz einer nicht verbesserten Wirtschaftslage zu verzeichnen sei. Vor zwei Jahren habe es noch ein Minus von fast 42.000 Ausbildungsplätzen gegeben, im Jahr 2003 ein Minus von 14.000 Ausbildungsstellen. Bei allen Sorgen um die noch unvermittelten Jugendlichen sei der Anstieg an betrieblichen Ausbildungsplätzen in der aktuellen Situation ein Erfolg. Wichtig sei ihr festzustellen, dass die Anstrengungen im Ausbildungspakt gefruchtet hätten, auch wenn nicht unterschlagen werden dürfe, dass die Angebots-Nachfrage-Relation gesunken sei. Frau PAHL dankt für die exzellente Vorlage mit den aktuellen Zahlen zur Ausbildungsplatzsituation durch das Bundesinstitut.

Für die *Arbeitgeber* liegt zwar noch keine Trendwende durch den Ausbildungspakt alleine vor, denn dieser könne nicht die wirtschaftliche Situation insgesamt und die Qualifikation der Schulabgänger zum Besseren wenden. Der Pakt habe aber bewirkt, dass alle betrieblichen Ausbildungsreserven aktiviert und trotz rückläufiger Beschäftigung die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze noch gesteigert worden seien. Das Ziel, allen Bewerbern bis Jahres-

ende ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu machen, könne erreicht werden. Man könne es gar nicht hoch genug schätzen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze trotz rückläufiger Beschäftigung gestiegen sei. Dies sei sehr ermutigend und helfe, in den kommenden Jahren die Kraftanstrengung, die im Ausbildungspakt erbracht werde, zu stabilisieren und die Kammern, Verbände und Unternehmen zu motivieren, weiterzumachen.

Die *Arbeitnehmer* bewerten die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch nach mehreren Jahren in Folge als schlecht. In den neuen Ländern würde Ausbildung weit überproportional staatlich gefördert. Warteschleifensysteme verschleiern einen Großteil der dramatischen Situation. Die verzeichneten neuen betrieblichen Ausbildungsstellen deckten nicht die Zahl der durch Insolvenzen wegfallenden Plätze. Der Ausbildungspakt habe lediglich dafür gesorgt, dass Jugendliche über das EQJ-Programm zum Vorteil der Betriebe untergebracht seien, anstatt eine ordentliche Ausbildungsstelle zu erhalten. Summa summarum fehlten 200.000 betriebliche Ausbildungsstellen. Wenn bei allem betrieblichen Aufwand eine Steigerung an betrieblichen Ausbildungsplätzen von weniger als drei Prozent herauskomme, müsse die Frage gestellt werden, ob sich über solch einen Ausbildungspakt und über die heute zur Verfügung stehenden Instrumente die Probleme lösen lassen. Abhilfe könne nur das Ausbildungsplatzumlage-Finanzierungsgesetz leisten.

Im weiteren Sitzungsverlauf verabschiedete der Hauptausschuss eine Empfehlung zum Thema EUROPASS (Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen) und eine weitere Empfehlung zum Thema Berufsausbildungsvorbereitung. Beide Empfehlungen liegen im Wortlaut als Anlage dieser Ausgabe der BWP bei.

Frau PAHL informiert im Anschluss daran über den aktuellen Sachstand zum Berufsbildungsreformgesetz. Die Regierungsparteien hätten sich darauf verständigt, die Beratungen im Bundestag Anfang Januar fortzusetzen und das Gesetz erst im Februar 2005 (statt schon am 17.12.) dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel sei es, das Gesetz einvernehmlich ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verabschieden und zum 1. April 2005 in Kraft zu setzen.

Aus dem Bundesinstitut präsentiert Dr. Joachim Gerd ULRICH zum Thema Warteschleifenproblematik und diskutiert mit dem Ausschuss seine Forschungsergebnisse. Für das abgeschlossene Ausbildungsjahr sei bemerkenswert, dass trotz höherer Arbeitslosigkeit ein gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenes betriebliches Ausbildungsplatzangebot verzeichnet werden konnte. Gleichwohl habe sich die Angebotsquote (rechnerische Zahl der Ausbildungs-

platzangebote je 100 Schulabsolventen) nicht verbessert und verharre weiterhin auf einem gegenüber früheren Jahren niedrigen Niveau. Denn die Zahl der Schulabgänger sei 2004 stark gestiegen. Ungeachtet der seit 1992 erheblich gesunkenen Angebotsquote konnte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen relativ gering gehalten werden. Dies sei durch eine starke Ausweitung an Angeboten, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, gelungen. Die Steigerung voll qualifizierender Angebote in Berufsfachschulen reichte dagegen nicht aus, um die Verluste des Ausbildungsplatzangebots im dualen System zu kompensieren. Bei den noch nicht vermittelten Bewerbern handele es sich um eine „Marktbereinigungsgröße“, die vom Ziel bestimmt werde, auch kurzfristig möglichst keine Jugendlichen ohne Bildungsangebot zu belassen. Sie könne aber keine verlässliche Auskunft über das gesamte Ausmaß an fehlenden, voll qualifizierenden Ausbildungsplätzen geben. Signifikant höher als bei jungen Männern sei die Pendel- bzw. Abwanderungsbereitschaft und Flexibilität junger Frauen, gerade auch in den neuen Ländern, um trotz schwieriger Marktlage doch noch eine Ausbildungsstelle antreten zu können.

Außerdem informiert aus dem Bundesinstitut Kerstin MUCKE über das Thema ECVET. Im Rahmen von ECVET sei der Blick auf Qualifikationen und Kompetenzen zu richten.

Außerdem müsse erfasst werden, wie lange eine Person durchschnittlich brauche, um die definierten Qualifikationen und Kompetenzen zu erwerben. Diese Durchschnittswerte dienten als Hilfsgröße, um letztlich entsprechende Leistungspunkte zu ermitteln. Für die Beurteilung der individuellen Leistungsfähigkeit sei demnach immer der Output der Maßstab, also das, was die betreffende Person kann. Im Mittelpunkt der individuellen Bewertung stehe nicht die Art des Abschlusses, sondern Ziel sei die Anrechenbarkeit von Qualifikationen und Kompetenzen unabhängig davon, wo und in welchem Bildungsgang/-angebot diese erworben worden seien. Die Erhaltung des Berufsprinzips stehe dazu nicht im Widerspruch. ECVET werde sicher nicht branchenspezifisch eingeführt, sondern Ziel sei ein einheitliches, gemeinsames Leistungspunktsystem bereichsübergreifend für alle Bildungsgänge und -ebenen. Solche Leistungspunkte dienten einer höheren Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen, einer europäischen Öffnung und Vergleichbarkeit und einer verbesserten Anrechenbarkeit. Wichtig sei, sich innerhalb Europas an die Spitze der Entwicklung zu setzen, um die Bedingungen mitdefinieren zu können.

Der Hauptausschuss hat zwei neue Forschungsprojekte in das Forschungsprogramm des Bundesinstituts aufgenommen und der Verlängerung eines Projektes zugestimmt. Bei den beiden neuen Projekten handelt es sich um das Forschungsprojekt 2.3.105 „Formalisierte berufliche Weiterbildung – Sekundäranalysen auf Basis des SOEP und anderer international vergleichbarer Erhebungen (BENEFIT)“ und um das Forschungsprojekt 2.2.101 „BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006 – Arbeit im Wandel, Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikationen“.

Der Generalsekretär wurde gemäß § 14 Abs. 5 BerBiFG vom Hauptausschuss für das Haushaltsjahr 2002 entlastet. Der Hauptausschuss ermächtigte den Generalsekretär, Dietmar GEIBEL mit Zustimmung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesrechnungshof zum neuen Leiter der Rechnungsprüfungsstelle zu bestellen.

Bei der anschließenden Wahl des Vorsitzenden für das Jahr 2005 wurde auf Vorschlag der Beauftragten der Arbeitgeber Wolf-Rainer LOWACK gewählt. Veronika PAHL, Beauftragte des Bundes, Ingrid SEHRBROCK, Beauftragte der Arbeitnehmer, und Dieter Georg FAUL, Vorsitzender des Jahres 2004 und Beauftragter der Länder, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden für das neue Jahr gewählt. Abschließend würdigten der Vorsitzende und der Generalsekretär die Verdienste der scheidenden Mitglieder Karl SPELBERG, der dem Hauptausschuss seit 1979 angehört hatte, und Egbert KINSCHERF, Mitglied seit 1999, und dankten ihnen für Ihr Engagement und für die geleistete Arbeit. ■

Wir über uns



BIBB-Geschäftsbericht 2003 Aktivitäten, Projekte und Arbeitsergebnisse

Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär

Das BIBB gibt Einblick in seine Aufgaben und Arbeiten, dokumentiert seine Arbeitsergebnisse und informiert über die Aktivitäten im Rahmen von Bildungsprogrammen der Bundesregierung.

Vorgestellt werden u. a. die Arbeiten zur Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung; die Arbeiten im Bereich der Modellversuche; die wissenschaftliche Begleitung sowie die Durchführung berufsbildungspolitischer Programme; die Aktivitäten zur Internationalisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Ergänzt werden diese Informationen u. a. durch eine Übersicht über die Veröffentlichungen des BIBB im Jahr 2003 einschließlich der multimedialen Medien und die Informations- und Dokumentationssysteme des Instituts. Ein Schlagwortregister ermöglicht den raschen Zugriff zu den angesprochenen Themen.

Die Veröffentlichung ist kostenlos zu beziehen beim:
Bundesinstitut für Berufsbildung
Vertrieb
53142 Bonn
Telefax: 0228/107-2967
E-Mail: vertrieb@bibb.de

BiBB